

„Die Ukraine kann sich langfristig zu einem der führenden Lieferanten für den europäischen IT-Markt entwickeln...“

Trotz der schwierigen politischen Lage entwickelt sich der Markt für IT-Dienstleistungen in der Ukraine weiter. Auf der Grundlage eines attraktiven Kostenniveaus werden in der Ukraine hochwertige Leistungen und innovative IT-Lösungen angeboten. Die Delegation bat Christian Marcus Berner, Senior Vice President Global Sales von Infopulse Ukraine LLC, einen deutschen IT-Experten mit langjähriger Erfahrung im weltweiten IT-Offshoring, insbesondere in der Ukraine, uns einen Einblick in die Innenwelt dieses Marktes zu geben.



Christian Marcus Berner, Senior Vice
President Global Sales, Infopulse Ukraine LLC

Sehr geehrter Herr Berner, im Jahr 2010 war die Ukraine auf Top 11 der 100 führenden Länder im Bereich IT-Outsourcing und High-Tech Services (Global Services 100 List aus dem Jahr 2010). Was macht diesen Standort so attraktiv für Outsourcing-Leistungen?

Die ukrainische IT-Industrie hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre sehr dynamisch entwickelt. Die Wachstumsraten waren im Durchschnitt deutlich zweistellig. Obwohl der

Einsatz von ukrainischen Softwarespezialisten im Vergleich zu Deutschland je nach Region nach wie vor 20% bis 50% kos-

tengünstiger ist, wird aber das Wachstum mittlerweile auch von anderen Faktoren getrieben. Es hat sich weltweit herumgesprochen, dass hier Leistungen auf Premium-Niveau erbracht werden, besonders im Bereich des Softwareengineering und der Produktentwicklung. Das Premium-Niveau bedeutet, dass man hier Mitarbeiter bekommt, die wirklich mitdenken. IT-Spezialisten in der Ukraine sind in der Lage, eigenständig Lösungsansätze zu entwickeln. Das umfasst auch vorgelagerte Tätigkeiten vor dem eigentlichen Kodieren von Software, wie zum Beispiel Business Analysis oder Consulting Leistungen. Das hat sich mittlerweile weltweit rumgesprochen.

Natürlich spielen Kostenvorteile immer noch eine Rolle, wenn sich ein Kunde heute für IT-Offshoring in der Ukraine entscheidet. In Verbindung mit der eingangs erwähnten kreativen und selbständigen Arbeitsweise der ukrainischen Fachkraft bietet dies einen echten Mehrwert gegenüber anderen Standorten. Die ukrainischen Mitarbeiter sind sehr selbständig in der Lösungsfindung, man braucht Ihnen nicht jedes Detail vorzukauen.

Kunden, bei denen die Liefergeschwindigkeit zählt, schätzen diese Flexibilität besonders, zum Beispiel im Bereich →2

INHALT

«Die Ukraine kann sich langfristig...»	1
GTAI „Investitionsklima und -risiken. Ukraine“	3

Bayerisches in der Ukraine	8
Kurznachrichten	10
Vorankündigungen	11

←1 Mobility. In Asien findet man nach wie vor Offshore Standort mit niedrigeren Stundensätzen, aber die Projektinitiierungskosten und die Kosten für den Management Overhead sind dort höher. Man muss insgesamt einfach deutlich mehr Aufwand betreiben, um überhaupt Ergebnisse zu erzielen.

Zu den Vorteilen gehört auch die günstige geographische Lage der Ukraine. Um an einem Workshop in Berlin teilzunehmen, braucht man knapp zwei Stunden Flugzeit. Ein Vorteil gegenüber der Russischen Föderation oder Belarus ist weiterhin, dass die Grenze offen ist. Die Kunden benötigen kein Visum, um hier ihre Teams zu besuchen.

Es ist in der Ukraine einfach, in Kooperation mit dem passenden lokalen Partner, tatsächlich ein nachhaltiges und langfristig erfolgreiches Engagement aufzubauen.

IT ist ein Bereich, in dem vor allem junge Leute und Studienabsolventen stark sind. Wie steht es um die ukrainische Ausbildung in diesem Bereich und was unterscheidet die ukrainischen IT-Absolventen von ihren internationalen Kollegen?

Es war immer mein Antrieb, durch IT-Offshoring Brücken zu bauen und das Bewusstsein in meinem Heimatland zu schaffen, dass es hier sehr gute Köpfe gibt, die auch europäisch denken und handeln. Von allen Ländern in Osteuropa, die IT-Leistungen anbieten, hat die Ukraine den größten Talentpool. Mit 16.700 IT-Absolventen im letzten Jahr bietet die Ukraine ein bedeutendes Potenzial für IT-Services. Davon können manche anderen Länder nur träumen. Ingenieurwissenschaften, Software- und Computerwissenschaften haben in der Ukraine eine lange Tradition und verzeichnen jedes Jahr im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern einen starken Zulauf an neuen Studenten. Die jungen Leute sind mit der Globalisierung aufgewachsen und haben schnell verstanden, dass darin ihre große Chance auf eine interessante Karriere und ein attraktives, sicheres Einkommen liegt.

Gibt es Kooperationsprogramme zwischen Infopulse und ukrainischen Universitäten?

Infopulse arbeitet mit mehreren ukrainischen Universitäten zusammen. Dazu zählen das Kiev Polytechnical Institut (KPI), die National Aviation University (NAU) sowie die renommierte Mohyla Universität. Hinzu kommen neben der Hauptstadt Kiew noch eine Reihe von regionalen Partnerschaften in Städten, in denen Infopulse eigene Niederlassungen hat. Insgesamt haben wir derzeit fünf Standorte im ganzen Land. Mit

Infopulse wurde 1991 von Aleksey Sigov und Andrey Anissimov gegründet. Seit der Jahrtausendwende hat sich das Unternehmen sehr dynamisch entwickelt. Im Portfolio: Software Engineering, IT-Operations sowie Business Process Outsourcing. Mit über 1100 Mitarbeitern und 30 Mio Euro Umsatz zählt Infopulse zu den größten IT-Unternehmen in Osteuropa.

"...die Ukraine hat alle Voraussetzungen, um eine ähnliche Erfolgsstory wie Indien in Europa zu wiederholen"

diesen Hochschulen pflegen wir seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit. Wir ermöglichen den Studenten, Praktika zu absolvieren. Wir bieten kostenlose Trainings für interessierte Studenten an. Dafür haben wir ein Trainings-Center eingerichtet, das kostenfrei genutzt werden kann. Das schätzen die Hochschulen sehr. Die Hochschulen in der Ukraine sind nach wie vor unterfinanziert. Wir lassen deshalb keine Gelegenheit aus, auf offizieller Ebene anzusprechen, dass der ukrainische Staat mehr in den Bildungssektor investieren muss. Wir haben im Bereich der IT-Services noch lange nicht die Wachstumsgrenze erreicht. Man muss sich nur anschauen, welchen bedeutenden Wohlstandsschub gewisse Regionen durch eine erzielte Förderung der IT-Outsourcing-Industrie erfahren haben. Ich denke, die Ukraine hat alle Voraussetzungen, um eine ähnliche Erfolgsstory, wie Indien in Europa zu wiederholen. Die Ukraine kann sich stabile Rahmenbedingungen vorausgesetzt, langfristig zu einem der führenden Lieferanten für die europäische IT-Industrie entwickeln.

Wie würden Sie das heutige Investitionsklima in der Ukraine im IT-Bereich einschätzen – vor allem vor dem Hintergrund der Diskussion um die Abschaffung gewisser Steuerpräferenzen, die vor gar nicht allzu langer Zeit erst eingeführt worden waren?

Das heutige Investitionsklima muss differenziert betrachtet werden. Das Land vollzieht gerade einen Neustart, der auch mit gewissen politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen verbunden ist. Andererseits könnte der Zeitpunkt für eine Investition in finanzieller Hinsicht nicht günstiger sein. Ich sehe momentan sehr attraktive Investitionsmöglichkeiten.

Ukrainische IT-Unternehmen sind heute sehr viel günstiger zu haben, als noch vor einem Jahr. Für einen risikobewussten Investor ist es momentan eine Schnäppchenzeit.

Wir sehen es, zum Beispiel, dass trotz der Krise die amerikanischen Kunden fleißig weiter wachsen, während die westeuropäischen und nordeuropäischen Kunden eher vorsichtig sind. Die bestehenden Kunden sind angesichts der politischen Krise unerschrocken, sie wollen nur umfassend informiert werden. Wir wachsen mit diesen Kunden weiter.

In welchen Bereichen sehen Sie die besonderen Chancen und Perspektiven des ukrainischen IT-Marktes?

Trotz der kurzfristig gestiegenen Risiken aufgrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehe ich davon aus, dass sich die Spitzengruppe der ukrainischen IT-Industrie mittel- bis langfristig weiter dynamisch entwickeln wird und sich die Konsolidierung des Marktes fortsetzt. 39% der ukrainischen Softwarespezialisten arbeiten bereits heute in Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern und 23% in Unternehmen mit 501 bis 1000 Mitarbeitern. Zusammengefasst sind das bereits 62% aller IT-Spezialisten im Land.

Sehr geehrter Herr Berner, wir danken für dieses Gespräch.

Konflikt mit Russland lässt Investoren abwarten / Weltbank attestiert Fortschritte bei Reformen

Investitionsklima und -risiken – Ukraine

Bonn/Kiew (gtai) – Die Ukraine ist weit davon entfernt, Geschäftsleuten und Investoren ein sicheres und transparentes Umfeld zu bieten. Trotz partieller Fortschritte hat sich das Geschäfts- und Investitionsklima 2013 und 2014 eingetrübt. Unternehmer klagen über ein hohes Maß an Korruption und selektiver Justiz. Jedoch gibt die neue Regierung Hoffnung auf grundlegende Reformen mit Blick auf EU-Assoziierung und IWF-Forderung. Hauptsorge bildet 2014 zunächst der Konflikt mit Russland.

INVESTITIONSKLIMA

Der Konflikt mit Russland um die außenpolitische Orientierung der Ukraine hat sich Anfang 2014 verschärft und stellt zurzeit das größte Investitionsrisiko dar. Nach den Entwicklungen auf der Krim wächst in der Ukraine die Sorge vor einer Annexion weiterer Landesteile durch Russland. Das größte Augenmerk der Investoren gilt daher einer Deeskalation des außenpolitischen Konfliktes. Beobachter befürchten allerdings, dass Russland an einer Beilegung der Krise solange kein Interesse hat, bis eine pro-russische Regierung in Kiew an der Macht ist. Westliche Staaten und Geberbanken hingegen stützen die Ukraine auf dem Weg zu umfassenden Reformen mit massiven Wirtschafts- und Finanzhilfen, gebunden an richtungsweisende Bedingungen.

Moskau fordert von Kiew den Verzicht auf einen Nato-Beitritt und auf das Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Der Kreml verlangt einen föderativen Staatsaufbau sowie die Einführung des Russischen als gleichberechtigte Amtssprache in der Ukraine. Diese Forderung untermauert der östliche Nachbar nicht nur durch eine enorme wirtschaftliche und militärische Drohkulisse: Im Sommer 2013 blockierte Russland zeitweise den bilateralen Handel durch verschärfte Zollkontrollen an der Grenze zur Ukraine. Einige ukrainische Produkte wurden seitdem wegen angeblicher Qualitätsmängel vom russischen Markt verbannt, so zum Beispiel ukrainisches Fleisch oder die Schokolade des ukrainischen Süßwarenherstellers Roshen. Im März 2014 annektierte Russland die zum ukrainischen Staatsgebiet gehörende Halbinsel Krim.

Während die Krim und die östlichen Gebiete der Ukraine um Donezk und Luhansk, die mehrheitlich von russischsprachiger Bevölkerung bewohnt sind, politisch teilweise in Richtung Moskau tendieren, spricht sich landesweit eine deutliche Mehrheit für eine Orientierung in Richtung Brüssel aus. Rund 58% der Ukrainer befürworten einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union. Das ergab eine Umfrage im Auftrag der Deutschen Welle Ende November 2013. Die Zahl der Beitrittsgegner lag bei 31%.

Die Unternehmen fordern sichere Rahmenbedingungen und Reformen. Auf eine Unterzeichnung des Assoziierungs- und

Freihandelsabkommen mit der EU hatten deutsche Wirtschaftsvertreter in Kiew bereits im November 2013 gehofft. Der Delegierte der deutschen Wirtschaft in der Ukraine, Alexander Markus, erklärte Mitte Dezember 2013: “Die deutsche Wirtschaft hatte auf dieses Zeichen in Vilnius gewartet.” Eine sofortige Besserung der Investitionsbedingungen wird aber auch so nicht erwartet. Selbst nach einer Unterzeichnung des Abkommens müsste noch ein bis zwei Jahre auf die Umsetzung der neuen Regelungen gewartet werden, sagte Markus.

Nach dem Sturz der ukrainischen Regierung und des Präsidenten Wiktor Janukowitsch im Februar 2014 ist der erste Teil des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union Ende März 2014 unterzeichnet worden. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten zudem im März einem 11 Mrd. Euro schweren Hilfspaket für die Ukraine zugestimmt. Die Hauptbedingung für die Freigabe des Großteils der Hilfen bildet eine neue Vereinbarung mit dem IWF.

EINIGUNG MIT DEM IWF MACHT DEN WEG FÜR WEITERE FINANZHILFEN UND EIN BESSERES RATING FREI

Premierminister Arsenij Jazenjuk hat im März 2014 gegenüber dem Internationale Währungsfonds (IWF) seine Bereitschaft angekündigt, sämtlichen Reformauflagen zuzustimmen, um ein neues Kreditabkommen abzuschließen. Der IWF knüpft die Hilfen an wesentliche Änderungen in der ukrainischen Wirtschaftspolitik – explizit an einen höheren inländischen Gaspreis, einen flexibleren Wechselkurs und Einsparungen im Staatshaushalt.

Der IWF stellt Hilfen für die Ukraine in Höhe von 14 Mrd. bis 18 Mrd. \$ (bis zum 13 Mrd. Euro) in Aussicht. Damit haben sich der Fonds und die Übergangsführung der Ukraine offenbar auf ein Hilfspaket für das Land geeinigt. Die Vereinbarung darüber soll im April 2014 vom Direktorium des IWF genehmigt werden. In der Folge werden weitere rund 15 Mrd. Euro an Unterstützung durch internationale Geber frei.

Eine Soforthilfe in Höhe von 1 Mrd. \$ kommt von der US-Regierung. Die EU stellt 1,6 Mrd. Euro kurzfristige Makrofinanzhilfe bereit. Ab Juni 2014 sollen Erleichterungen im Handel mit der EU im Wert von jährlich 500 Mio. Euro gelten. Insgesamt →4

←3 samt schnürt die EU ein Hilfspaket über 11 Mrd. Euro. Die Weltbank stellt 3 Mrd. \$ und Japan 1 Mrd. \$ in Aussicht.

Alle Geberbanken warten auf den Abschluss eines Abkommens zwischen der Ukraine und dem IWF. Der Gesamtbetrag von 11 Mrd. Euro des Hilfspaketes setzt sich zusammen aus rund 3 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt für den Zeitraum 2014 bis 2020 sowie aus Finanzmitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Beide Banken können von 2014 bis 2016 voraussichtlich etwa 8 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Des Weiteren soll eine vorübergehende Aussetzung von Zöllen auf ukrainische Exportwaren in die EU der Ukraine wirtschaftliche Entlastung verschaffen. Bis zu 500 Mio. Euro an wirtschaftlichem Vorteil könnte der Ukraine die Handelserleichterung jährlich einbringen, betont die EU. Allein 400 Mio. Euro daraus würden dem Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel zugutekommen.

Summen im Bereich von 25 Mrd. bis 35 Mrd. \$ von allen Gebern könnten ausreichen, um die unmittelbaren Finanzierungslücken der Ukraine in den kommenden zwei Jahren zu decken, meinen Experten. Insgesamt rund 15 Mrd. \$ an externen Hilfen bräuchte die Ukraine zunächst pro Jahr, schätzt der Ökonom und Osteuropaexperte Anders Aslund. Diese Mittel sollten dann auch genügen, um einen gewissen Puffer für die Folgen zu erwartender russischer Handelssanktionen zu bilden und auf eine mögliche Bankenkrise zu reagieren.

Die anlaufende Finanzunterstützung und die Zusammenarbeit mit dem IWF machen zudem auch den Weg für künftig wieder

bessere Ratings und damit auch die Rückkehr auf den internationalen Kapitalmarkt frei. Das Kreditrating der Ukraine wurde Anfang 2014 weiter heruntergestuft: Die US-Ratingagentur Fitch hat angesichts der Krise in der Ukraine die Kreditwürdigkeit des Landes im Februar 2014 um eine Stufe von B- auf CCC herabgesetzt. Damit steht das Land bei den drei großen internationalen Ratingagenturen (Fitch, Moodys und S&P) in der Bewertung eine Stufe vor dem Staatsbankrott. Den Hintergrund bilden sich auftürmende Rückzahlungsverpflichtungen aus früheren ausländischen Krediten, die die Ukraine ohne externe Finanzhilfe nicht mehr bedienen kann. Allein im Jahr 2014 muss der ukrainische Staat laut Finanzministerium Auslandsschulden in Höhe von 9,63 Mrd. \$ begleichen.

Die Ukraine leidet seit zwei Jahren unter wirtschaftlichem Stillstand. Nachdem die ukrainische Wirtschaftsleistung bereits im Jahr 2012 nur minimal um 0,2% gewachsen war, stagnierte die Entwicklung 2013 nach vorläufigen Angaben der Statistikbehörde Ukrstat. Für 2014 muss mit einem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von bis zu 5% gerechnet werden.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine erwartet der vorläufige ukrainische Finanzminister Alexander Schlapak keine positiven Impulse. Sein Ministerium rechnet für 2014 mit einem BIP-Rückgang um 3% und einer Inflationsrate von 12%. Unabhängige Ökonomen, wie zum Beispiel Experten des Economist Intelligence Unit (EIU) oder des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), gehen auch von einer Rezession aus. Die österreichische Raiffeisen Bank Aval rechnete im März für das Gesamtjahr 2014 mit einem Rückgang des BIP um 5%. →5

World Economic Forum "Global Competitiveness Report" 2013/14, Ukraine (wirtschaftlicher Rang von insgesamt 148 Ländern)

Kriterien	Ukraine	Russische Föderation	Deutschland
Gesamtrang	84	64	4
Institutionen (bewertet unter anderem Eigentumsrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Intensität der Auditierung)	137	121	15
Infrastruktur	68	45	3
Makroökonomisches Umfeld	107	19	27
Gesundheit und Grundschule	62	71	21
Höhere Bildung und Ausbildung	43	47	3
Effizienz der Gütermärkte (bewertet unter anderem benötigte Zeit für die Unternehmensgründung, Wettbewerbsintensität, Besteuerung, Zollvorschriften)	124	126	21
Effizienz des Arbeitsmarkts	84	72	41
Entwicklung des Finanzmarkts (bewertet unter anderem Beschränkungen der Kapitalströme)	117	121	29
Technologische Reife	94	59	14
Marktgröße	38	7	5
Qualität des Geschäftsumfelds	97	107	3
Innovation	93	78	4

Quelle: World Economic Forum, Global Competitiveness Report, www.weforum.org/issues/global-competitiveness

Weltbank "Doing Business Report 2014" – Ukraine (insgesamt 189 Länder)

Themen	Rang 2014	Rang 2013 (von 185)	Änderung im Rang
Gesamtrang	112	137	25
Starting a Business	47	50	3
Dealing with Construction Permits	41	183	142
Getting Electricity	172	166	-6
Registering Property	97	149	52
Getting Credit	13	23	10
Protecting Investors	128	117	-11
Paying Taxes	164	165	1
Trading Across Borders	148	145	-3
Enforcing Contracts	45	42	-3
Resolving Insolvency	162	157	-5

Quelle: Weltbank "Doing Business Report 2014" <http://www.doingbusiness.org/reports/global-reports/doing-business-2014>

←4 Die Ukraine befindet sich am Rande des Staatsbankrotts. Das Land weist sehr hohe, strukturelle Defizite sowohl im öffentlichen Haushalt als auch in der Leistungsbilanz (2013: 9,1% des BIP) auf, die es aus eigener Kraft nicht weiter finanzieren kann. Kritisch ist auch der Zustand der Währungsreserven, die nach massiven, aber letztlich wirkungslosen Stützungskäufen dahin geschmolzen sind. Ende März 2014 sank der Bestand auf 15 Mrd. \$. Dies entspricht nur noch zwei Monaten Importdeckung. Es muss mit einer weiteren Abwertung gerechnet werden, da die ukrainische Währung nur künstlich durch eine Devisenbewirtschaftung gestützt wird. Seit Anfang 2014 bis Ende März wertete die Griwna bereits um gut ein Viertel ab. Die ukrainische Zentralbank hat ihre Interventionen am Devisenmarkt zur Stützung der Nationalwährung eingestellt.

Die Aussichten für 2014 werden insbesondere durch einen drohenden Handelskrieg mit Russland weiter eingetrübt. Die positiven Effekte einer Währungsabwertung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit können dies kurzfristig nicht voll kompensieren. Die politische beziehungsweise außenpolitische Krise mit Russland hat zu verstärkten Abhebungen von Bankeinlagen geführt. Es besteht die Gefahr eines Runs auf die Banken.

Wesentliche Investitionsanreize für eine Fertigung in der Ukraine bilden die immer noch vergleichsweise niedrigen Lohnkosten und das im GUS-Vergleich relativ hohe Ausbildungsniveau der ukrainischen Bevölkerung. In der Kategorie "Höhere Bildung und Ausbildung" des "Global Competitiveness Report 2013/14" des World Economic Forum erreichte die Ukraine Rang 43 und schlägt Russland zumindest in diesem Punkt (Rang 47).

Trotz aller Probleme war die Ukraine 2013 bei der Verbesserung des Investitionsklimas auf einem guten Weg. Zum Beispiel beim Geschäftsklima: Experten der Weltbank und der International Financial Corporation (IFC) attestierten der Ukraine noch im Oktober 2013 durchaus einige Fortschritte bei der Vereinfachung der Bedingungen für geschäftliche Tätigkeiten. Gegenüber Juni 2012 hat das Land 25 Plätze gut gemacht und rangiert nun auf

Rang 112 unter den 189 Ländern in dem Bericht "Doing Business 2014" der Weltbank. Am stärksten hat sich die Bewertung für die Möglichkeit zum Erhalt einer Baugenehmigung verbessert (um 142 Punkte). Zudem vereinfachte die Regierung die Registrierung von Immobilieneigentum. Abwertungen erhielt das Land im Hinblick auf Indikatoren wie Schutz von Investoren, Zahlung von Steuern, grenzüberschreitender Handel und Umgang mit Insolvenzen.

Fortschritte im Bereich des Steuerzahlungssystems werden der Ukraine für das Jahr 2013 von den Ökonomen der internationalen Bleyzer-Stiftung bescheinigt. Vereinfacht wurde das Berichtswesen bei Ertragsteuer, Mehrwertsteuer und Sozialbeiträgen für Arbeitgeber. Experten werten den Ausbau des elektronischen Dokumentenerfassungssystems dabei als einen wirksamen Schritt. Zudem hat die Zollverwaltung die Verzollungsverfahren laut Beobachtungen der Bleyzer-Stiftung etwas verbessert, indem die Abwicklung von Zollerklärungen beschleunigt wurde und die direkten Kontrollen von zu verzollenden Waren reduziert wurden.

Das Jahr 2014 begann mit einer Steuersenkung für Unternehmen, die allerdings geringer ausfiel als erwartet. Die Gewinnsteuer für Unternehmen wurde um 1% von 19 auf 18% (anstatt der geplanten 16%) herabgesetzt. Die geplante Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 20 auf 17% wurde hingegen verschoben.

Relativiert wurden die 2013 erzielten Fortschritte nicht nur durch die Verschlechterung der Rankingwerte zur Kreditwürdigkeit der Ukraine bei internationalen Ratingagenturen, sondern auch durch die anhaltend negative Beurteilung des Geschäftsklimas durch viele Unternehmen und Investoren Ende 2013.

Von Seiten vieler Unternehmer in der Ukraine wurden die von den internationalen Experten gemessenen Verbesserungen bisher kaum registriert beziehungsweise nicht als spürbar wahrgenommen. Die Firmen beklagen im Gegenteil, sich immer wieder auf neue Regelungen einstellen zu müssen, wie zum →6

←5 Beispiel auf ständige Reformen und Ergänzungen des Steuer-, Zoll- und Strafrechtskodex. Dabei sind Reformen dringend notwendig, denn gegensätzliche und sogar oft widersprüchliche Gesetzgebungen und Lizenzierungsverfahren schaffen eine unübersichtliche Rechtsgrundlage und stellen ein hohes Risiko für ausländische Investoren dar. Ferner fühlen sich viele Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen diskriminiert.

Die Investoren beschwerten sich laut der Direktorin der Europäischen Unternehmervereinigung, Anna Derewjanko, über drei Schlüsselprobleme. Erstens: Streitigkeiten oder Rechtsstreite seien nicht zu gewinnen, selbst bei einer Rechtmäßigkeit der Ansprüche. Zweitens: Es gäbe Schwierigkeiten bei der Vollstreckung der Gerichtsentscheide. Drittens: Gerichte würden für unrechtmäßige Eingriffe und Handlungen missbraucht.

Entsprechend ernüchternd fielen die Umfragen - noch vor dem Ausbruch der politischen Krise - aus. Nach der vierteljährlichen Umfrage zur Bewertung des Investitionsklimas im Herbst 2013 unter Managern durch das Kiewer Institute for Economic Research and Policy Consulting halten nur 1,3% der Firmen den jetzigen Zeitpunkt zur Investition für vorteilhaft. Ganze 57,1% befinden das Gegenteil und 32,3% werten die Bedingungen als ausreichend. Als die drei Hauptursachen wurden nichtausreichende Erlös- und Gewinnsituation (55,5%), hohe Kapitalkosten (28,2%) und die Furcht vor Konkursen (20,1%) genannt. Der Anteil der Firmenleiter, die vom ukrainischen Rechtssystem die Durchsetzung ihrer Vertragsrechte erwarten, ist 2013 gegenüber 2012 von 33 auf 28% gesunken, erläutert Oksana Kuziakiv, leitende Direktorin des Institutes gegenüber dem Fachmagazin World Finance Review. Nur noch einer von fünf Be- →7

Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen in der Ukraine (Mrd. US\$)				
	2010	2011	2012	1. Halbjahr 2013
Kumulierter Bestand	58,0	65,5	73,6	74,3
Transfer	6,5	7,2	7,8	1,4

Quelle: Nationalbank der Ukraine

Deutsche Direktinvestitionen in der Ukraine (Mio. Euro)			
	2010	2011	2012
Kumulierter Bestand	2.366	2.783	k.A.
Nettotransfer (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	-76	74	137

Quelle: Deutsche Bundesbank

Ausländische Direktinvestitionen nach Hauptbranchen (zum 31.12.13, Anteil am Bestand des Aktienkapitals)		
Branche	Mrd. US\$	Anteil in %
Gesamt, darunter	58,2	100,0
.Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,3	26,4
.verarbeitende Industrie	14,7	25,3
.Handel, Reparaturen	7,6	13,0
.Immobilienleistungen	4,4	7,5
.Information und Telekommunikation	2,1	3,6
.Bergbau	1,7	2,9
.Transport, Lagerung, Post- und Kurierdienste	1,6	2,8
.Bauwirtschaft	1,6	2,8
.Strom, Wasser, Dampf, Klimaanlage	1,5	2,6
.Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	0,8	1,4
.Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	0,1	0,2

Quelle: Derzhstat - Ukrainisches Statistikamt

←6 fragten traue dem Rechtssystem den Schutz von persönlicher Unversehrtheit und Eigentum zu. Korruption wird von 73,8% (2012: 71,6%) als herkömmliches Mittel betrachtet, um Vorgänge mit Vertretern von Behörden und Staat zu erleichtern. Unmittelbar nach der Orangen Revolution lagen die Werte weit darunter (2005: 34,0%; 2006: 55,1%).

SELEKTIVE JUSTIZ UND FEINDLICHE UNTERNEHMENSÜBERNAHMEN BLEIBEN EIN RISIKO

In den letzten Jahren wurden in der Ukraine eine Vielzahl von Fällen und Versuchen feindlicher Unternehmensübernahmen registriert. Eine von der ukrainischen Regierung eingesetzte Anti-Raider-Kommission soll dem entgegenwirken. Ausländische Investoren und EU-Vertreter betonen allerdings, dass die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU und die damit verbundenen Reformen die Entwicklung hin zu einem wirksamen Schutz ukrainischer wie ausländischer Investoren wesentlich mehr befördern könnten. Insbesondere eine wirksame Gerichtsreform parallel zur Reform der staatlichen Verwaltung wäre hier nötig.

Ausländische Unternehmen klagen regelmäßig über unrechtmäßige Geschäftspraktiken von meist lokalen Minderheitsaktionären, die mit einem Rechtsstreit versuchen, durch lokale Gerichte die Mehrheitsanteile streitig zu machen und somit die Investoren zu enteignen. Einen Schock unter ausländischen Investoren löste im April 2013 ein Urteil im Fall Swissport aus. Das Wirtschaftsgericht Kiew verurteilte die Bodenabfertigungsfirma Swissport International dazu, ihre Mehrheitsanteile an der Tochter Swissport Ukraine an die Fluggesellschaft Ukraine International Airlines (UIA) für 400.000 \$ zu verkaufen. Den Wert des Unternehmensanteils beziffert Swissport auf 25 Mio. \$. Im Herbst 2013 erschien ein Hoffnungsschimmer für die Schweizer: Das Oberste Handelsgericht der Ukraine hat im Oktober 2013 die bisherigen Urteile in dem Fall annulliert und den Fall an das Wirtschaftsgericht Kiew zurück verwiesen.

Korruption gilt ebenfalls als ein tief verankertes Problem in der ukrainischen Wirtschaft und wird oft als größtes Hindernis für den Erfolg an internationalen Märkten bezeichnet. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International fiel die Ukraine 2013 von Platz 134 auf Platz 144 von 176 möglichen Positionen.

STAND UND PERSPEKTIVEN FÜR AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN

Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) dürfte 2013 gegenüber dem Vorjahr auf ein Rinnsal abgenommen haben. Nur noch 1,4 Mrd. \$ flossen im 1. Halbjahr 2013 ins Land. Bereits 2012 rangierte die Ukraine mit einem Bestand von rund 1.600 \$ FDI pro Kopf etwa im Vergleich mit Polen (6.000 \$) weit unten. Der FDI-Bestand summierte sich 2012 auf insgesamt 73.637 Mio. \$, nachdem 7.833 Mio. \$ zugeflossen waren. Am Bestand des Aktienkapitals (58,2 Mrd. \$) war im Jahr 2013 Zypern mit einem Anteil von 32,7% wichtigstes Herkunftsland, wobei es sich hauptsächlich um russisches Kapital handelt. Deutschland rangierte mit 10,8% auf dem zweiten Platz, gefolgt von den Niederlanden (9,6%), Russland (7,4%) und Österreich (5,6%).

Für 2014 bleibt die Perspektive durchwachsen. Alles hängt zunächst von einer Beruhigung der außenpolitischen Krise mit

Russland ab. Im Bereich Innenpolitik könnte sich das Investitionsklima relativ zügig verbessern: Reformen werden durch den Anpassungsdruck an EU-Regeln und IWF-Forderungen immer wahrscheinlicher.

Der Exodus westlicher Banken könnte im Jahr 2014 anhalten, wenn die außen- und innenpolitische Lage instabil bleibt. Die österreichische Bank Raiffeisen International (RBI) etwa will anscheinend aus der Ukraine aussteigen und stellte ihre ukrainische Tochter Bank Aval zum Verkauf. Bereits 2013 haben sich zum Beispiel die französische Bank Societe Generale, die österreichische Erste Group Bank AG und die schwedische Swedbank aus der Ukraine verabschiedet. Die Commerzbank verkaufte 2012 ihre ukrainische Tochter Bank Forum an lokale Geschäftsleute. Andere deutsche Investoren warten vielfach ab, bis eine Klärung der innen- und außenpolitischen Lage in Sicht ist.

Trotz aller Unsicherheit agieren einige deutsche Unternehmen vor Ort sehr erfolgreich. Der deutsche Hersteller von Kabelbäumen und Bordsystemen Kromberg & Schubert etwa plante ursprünglich 2013 die Erweiterung seiner Fertigung in der Ukraine für rund 11,5 Mio. Euro.

Die ukrainische Regierung unter dem damaligen Premier Asarow plante 2014 mit einer umfangreichen Privatisierung von Unternehmen aus den Bereichen der Versorgung und Verteilung von Strom, Wärme und Gas zu beginnen. Inwieweit diese Pläne zur Aufbesserung der knappen Staatskasse jetzt von der neuen Regierung umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Insgesamt rechnete Kiew für 2014 mit Privatisierungserlösen in Höhe von 17 Mrd. Griwna (UAH; etwa 1,23 Mrd. Euro; 1 Euro = 13,79 UAH, Wechselkurs vom 20.3.14). Zu den Verkaufskandidaten gehörten Aktiva von sieben Energieversorgern. So standen jeweils 25% der Anteile an den Wärmekraftwerken Dniproenergo, Zakhidenergo und Krymenergo zum Verkauf, die bereits mehrheitlich von der Holding DTEK kontrolliert werden. Darüber hinaus wollte Asarow 25% der Anteile an den Unternehmen Donbassenergo und Kyivenergo veräußern. Die volle Eigentümerschaft hätte das Angebot von 99,9% der Aktien am Wärmekraftwerk Dneprodzerschinskaja TES ermöglicht. Zudem war laut Wirtschaftsportal RBK geplant, den Maschinenbauer Turboatom zu privatisieren. Eine genaue Liste der Firmen, deren Anteile die ukrainische Regierung veräußern wollte, hat der Fonds für staatliches Vermögen der Ukraine (Fond dershavnoho maina Ukrainy; <http://www.spfu.gov.ua>) veröffentlicht. Allerdings ist zu beachten, dass die Privatisierungsvorhaben bisher recht schleppend vorangekommen sind. So wurde 2013 zum Beispiel nur für rund 1 Mrd. UAH privatisiert, was etwa 10% der angestrebten Summe entsprach. Der ukrainische Staat braucht aber andererseits dringend Kapital, um seinen Schuldverpflichtungen nachzukommen.



Der Mythos des „tertium non datur“

Es ist inzwischen fast schon Mode geworden, der EU und westlichen Politikern vorzuwerfen, man hätte die Ukraine und andere Länder der östlichen Partnerschaft nie vor die Wahl stellen dürfen, sich entweder für eine Zusammenarbeit mit Russland oder dem Westen zu entscheiden. Aber ist dieser Vorwurf wirklich gerechtfertigt? Deutsche und ukrainische Wirtschaftsexperten stimmen dem, soweit es wirtschaftliche Beziehungen angeht, eher nicht zu.

Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Delegation der Deutschen Wirtschaft, dem Beauftragten der bayerischen Wirtschaft in der Ukraine, der Handels- und Industriekammer der Ukraine sowie der Deutschen Beratergruppe am 16.04.2014 stellten diese fest, dass das zwischen EU und der Ukraine verhandelte Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement – FTA) ausdrücklich die Teilnahme an anderen FTAs zulässt.

Auf diesen Sachverhalt hatte schon Oleksandr Chaly, ehemaliger stellvertretender Außenminister der Ukraine und heute Präsident von Grant Thornton, sehr früh bei der Veranstaltung der Delegation am 17. Dezember 2012 hingewiesen, also vor knapp anderthalb Jahren.

Zur Erinnerung: In der Phase, als das Datum der ersten geplanten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im Herbst 2013 näher rückte, warnte die russische Regierung vor so einem Schritt. Mit der Unterzeichnung bestände für alle Länder der GUS die Gefahr, dass sie über die Ukraine mit billigen Waren aus der EU überschwemmt werden würden, insbesondere gälte dies für die Länder der Zollunion aus Russland, Belarus und Kasachstan.

Aus der Tatsache, dass im Zuge der Umsetzung des Freihandelsabkommens für über 90% der Warengruppen die Einfuhrzölle zwischen EU und Ukraine deutlich sinken sollten, leitete die russische Regierung eine Bedrohung für die eigenen Märkte ab.

Dabei gelten im Rahmen der bestehenden GUS-Vereinbarungen Zollfreiheit bei der Einfuhr in ein anderes GUS-Land nur für Waren mit einem lokalen Wertschöpfungsanteil von über 50%.

Die Argumentation der russischen Seite zielte darauf ab, dass Herkunftszeugnisse in der Ukraine von einer nichtstaatlichen Stelle ausgegeben würden, nämlich den ukrainischen Handels- und Industriekammer, und diese deshalb einfach zu fälschen wären.

Konkrete Beispiele, durch welche zukünftig billigeren Warenströme genau der Wirtschaftsraum der GUS durch das Deep and Comprehensive Free Trade Agreement zwischen der Ukraine und der EU bedroht sein sollte, wurden eigentlich nur sehr selten genannt. Nur aus dem Bereich der Landwirtschaft wurde ein Beispiel von einem Vertreter der ukrainischen Seite genannt. Ukrainische Fleischverarbeiter könnten in der Zukunft billiges Fleisch in Polen einkaufen und dann dieses mit ukrainischem Fleisch mischen, um daraus dann Würste oder andere Fleischprodukte herzustellen. Diese Endprodukte könnten, wenn sie einen loka-

len Eigenanteil von mehr als 50% erreichen, dann auch zollfrei nach Russland importiert werden. Aber würde ausgerechnet der Import von ukrainischen Würstchen die Grundfesten der russischen Volkswirtschaft in Zukunft erschüttern?

Im Gegenteil sind es ja heute auch Produzenten mit Standort in Russland, die von dieser 50%-Regelung profitieren. Ein gutes Beispiel dabei ist Volkswagen, die den Passat Sedan, der in Kaluga hergestellt wird, zollfrei in die Ukraine importieren, weil der geforderte lokale Anteil von 50% dort schon erreicht wird. Wenn Russland diese Freihandelsregeln in Frage stellt, würde es damit ebenso der eigenen Wirtschaft schaden, weil russische Produkte auf dem ukrainischen Markt dann weniger wettbewerbsfähig werden würden.

Dem Vorwurf in Bezug auf die mögliche Fälschung von Herkunftszeugnissen entgegnete der Präsident der Handels- und Industriekammer der Ukraine, Gennady Chyzykyov, mit einer Gegenfrage: Die HIK der Ukraine arbeite in diesem Bereich seit vielen Jahrzehnten und bisher hätte es nicht einen Fall gegeben, wo so eine Fälschung nachgewiesen werden konnte oder ein ausländischer Partner in diese Richtung Reklamationen angemeldet hätte. Er würde gern verstehen, so Chyzykyov, womit denn die russische Seite dieses Risikoszenario begründe.

Gleiches gilt für den Vorwurf, dass die HIK keine staatliche Stelle sei: Gerade mit der Umsetzung des Assoziierungsabkommens muss die Verantwortlichkeit für präferenzrelevante Herkunftszeugnisse direkt beim Zoll angesiedelt werden. Die Kammern in der Ukraine bieten dabei an, in der Zukunft den Zoll bei der Ausstellung dieser Bescheinigungen logistisch zu unterstützen, z.B. durch ein webgestütztes Informations- und Beratungstool, das dann auch gleich beim Ausfüllen der erforderlichen Formulare unterstützen könnte.

Ebenso unterstrich der ukrainische Chefunterhändler für den wirtschaftlichen Teil des Freihandelsabkommens mit der EU, Valery Pyatnytskiy, dass die Ukraine mit der Unterschrift unter dieses Abkommen die Rahmenbedingungen für den ukrainischen Außenhandel verbessern wollte und nicht verschlechtern. Mit einem Ausscheiden aus dem GUS-Freihandel wäre ja doch genau das Gegenteil der Fall und man würde die Bedingungen für ukrainische Produkte auf einem wichtigen Außenhandelsmarkt nachhaltig verschlechtern. Von Anfang an sei man daher von einem Fortbestehen der GUS-Freihandelsabkommen ausgegangen, auch wenn das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet wird.



Gennady Chyzykov, Präsident HIK Ukraine, Dr. Ricardo Giucci, Deutsche Beratergruppe, Valery Pyatnitskiy, Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine, Alexander Markus, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in der Ukraine (von links nach rechts).

Der Chef der Deutschen Beratergruppe, Dr. Ricardo Giucci, stellte in seinem Keynotevortrag am 16.4.2014 vor allem die makroökonomischen Rahmenbedingungen für Freihandel mit beiden Seiten dar. Im Vergleich der drei Märkte, EU, Ukraine und Zollunion, wies er darauf hin, dass die Märkte der EU und der Ukraine mit einem durchschnittlichen Zolltarif in Höhe von 2,7% tendenziell eher offene Märkte seien. Im Vergleich dazu läge die Zollunion immer noch bei einem durchschnittlichen Tarif von 9,4%, der nur nach langen Übergangsfristen langsam im Rahmen der WTO-Mitgliedschaft Russlands gesenkt werden müssten. Von den Ländern der östlichen Partnerschaft hätte nur Georgien mit 1,9% durchschnittlich niedrigere Zollsätze.

Darüber hinaus wäre der Außenhandel der Ukraine trotz allem recht diversifiziert: 26,5% mit der EU, 30,3% mit der Zollunion und den Löwenanteil mit 43,2% mit Drittländern.

Unter allen Ländern der östlichen Partnerschaft läge zudem der Offenheitskoeffizient aus Außenhandelsbilanz geteilt durch das Bruttoinlandsprodukt bei der Ukraine mit 87% an zweiter Stelle gleich nach Mazedonien.

Ricardo Giucci unterstrich, dass es außerordentlich viele Länder gäbe, die mehr als ein Freihandelsabkommen unterzeichnet hätten. Gleichzeitig würden sich jedoch die Mitgliedschaft in der Zollunion und ein Freihandelsabkommen mit der EU gegenseitig ausschließen. Parallele Freihandelsabkommen wären nicht nur möglich, sondern weltweit üblich. Nach einem Beitritt zur Zollunion mit Russland, Kasachstan und Belarus wäre die Unterzeichnung des FTAs mit der EU für die Ukraine nicht mehr möglich gewesen. Genau genommen hat also Russland und nicht die EU Ukraine vor die Wahl gestellt.

Erinnern wir uns noch einmal: In der gesamten Diskussion im Jahre 2013 hatte Russland immer zwei grundlegende Forderungen für eine Senkung des Gaspreises sowie finanzielle Hilfe für die Ukraine aufgestellt: Erstens einen Beitritt zur Zollunion und zweitens die Übergabe der Kontrolle über die Gaspipeline

an Gazprom, ganz nach dem Beispiel von Belarus. Viktor Janukowitsch hatte bis zu seiner Flucht nach Russland keine der beiden Forderungen erfüllt.

Im Grunde war es die russische Seite, die mit der Vereinbarung vom 17. Dezember letzten Jahres über Finanzhilfe in Höhe von 15 Milliarden Dollar und einer deutlichen Absenkung des Gaspreises „umgekippt“ war – einen Monat nach dem Aussetzen des Assoziierungsprozesses und etwas mehr als zwei Wochen nach dem Beginn der Proteste auf den Euromaidans in Kiew und anderen Städten des Landes. Die beiden ersten Forderungen waren inzwischen in Vergessenheit geraten, die Hilfen, so Wladimir Putin, seien an keine weiteren Bedingungen geknüpft.

Hier gibt es übrigens eine interessante Parallele zu einem Begriff aus dem Bereich der humanitären Wissenschaften: In der Psychotherapie und Rhetorik wird der „Satz vom ausgeschlossenen Dritten“, des tertium non datur, als Kunstgriff angewendet. Dieser Terminus kommt aus der klassischen Logik und wurde Anfang des 20. Jahrhunderts in der Philosophie intensiv diskutiert. Dabei funktioniert der therapeutische oder rhetorische Trick folgendermaßen: Um den Patienten oder ein Gegenüber im Streitgespräch von einem bestimmten Sachverhalt zu überzeugen, stellt man ihn vor die Wahl von – zum Beispiel – zwei gegensätzlichen Übeln. Dabei fällt eines der beiden Übel tendenziell etwas weniger negativ aus, das andere aber hätte eindeutig katastrophale Folgen. Gleichzeitig wird als unumstößliches Axiom aufgestellt, dass es einen dritten Weg nicht gäbe.

In der Regel fällt der Patient oder der Diskussionsteilnehmer darauf herein und fängt an, abzuwägen, welches der beiden Übel geringer wäre, um dann in der Regel selber die gewünschte Lösung auszuwählen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass der Patient oder das Gegenüber den Eindruck hat, die Entscheidungsfindung selber getroffen zu haben und dadurch mit tieferer Überzeugung an die Umsetzung geht.

Im Grunde müßte man aber die Auswahl, also den vorgegebenen Rahmen, selbst in Frage stellen. Sobald man beginnt, die beiden Übel zu vergleichen, ist man im Grunde schon in die Falle getappt, weil man sich auf die Situationsdefinition des Gegenübers eingelassen hat, dass es einen dritten Weg nicht gäbe.

Heute scheint es fast so, dass auch die Kritiker der EU-Politik in eben diese logische Falle getappt sind, weil auch sie in den Entweder-Oder-Kriterien denken, die Russland aufgestellt hatte. Am 16.4.2014 konnte festgestellt werden, dass es auch einen dritten Weg für die Ukraine geben könnte: gleichzeitig gute Wirtschaftsbeziehungen mit beiden Wirtschaftsräumen, mit der EU und mit der Zollunion.

OSTEN ZAHLT STEUERN TROTZ DER INVASOREN

Der Staat erhält weiter Steuereinnahmen aus den östlichen Regionen der Ukraine. Das gab am Freitag vor der Regierungssitzung der Finanzminister der Ukraine, Oleksandr Schlapak, bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. „Es wird sehr gut gezahlt. Ich habe gerade die Ergebnisse gesehen. Etwas schlechter ist mit der Donezker Region. Und Luhansk hat mich einfach sehr überrascht - fast 100 Prozent davon, was sie in diesem Monat zahlen mussten“, sagte Schlapak. <http://www.ukrinform.ua>

DEUTSCHLAND SPERRT EXPORTE VON MILITÄRPRODUKTEN NACH RUSSLAND

Unter Rücksicht auf die Krise in der Ukraine sperrt die Bundesregierung ab jetzt Exporte von militärischen Produkten nach Russland. Das berichtet am Donnerstag die Tageszeitung „Süddeutsche Zeitung“. „Unter Rücksicht auf aktuelle politische Lage werden derzeit keine Genehmigungen für Exporte von militärischen Produkten nach Russland ausgestellt“, - zitiert die Ausgabe die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf Anfrage der „Grünen“-Fraktion im Bundestag. Der Tageszeitung nach seien nach dem Stand vom 8. April 69 Exportanträge für Lieferungen nach Russland der von Produktion militärischer Bestimmung im Gesamtwert vom EUR 5,18 Mio. abgelehnt. <http://www.ukrinform.ua>

UKRAINE KANN VON VOM IWF 17 MILLIARDEN DOLLAR ERHALTEN

Nach Angaben von Bloomberg haben Experten des Internationalen Währungsfonds in ihrem Bericht die Freigabe eines Kredits in Höhe von 17 Milliarden Dollar für die Ukraine unterstützt. Das IWF-Direktorium hat den Bericht am Dienstagabend erhalten, teilt die Agentur unter Berufung auf ihre eigenen Quellen mit. Der Kredit solle der ukrainischen Regierung helfen, ihre Schulden zu bezahlen. Der IWF-Kredit würde den Weg frei machen für weiteren Hilfen der EU, der USA und anderer Länder. Das IWF-Direktorium soll über die Finanzhilfen für die Ukraine am 30. April entscheiden. <http://www.ukrinform.ua>

UKRAINISCHE BANKEN MACHEN MILLIARDEN-VERLUSTE IM ERSTEN QUARTAL

Kiew, den 22. April /Ukrinform. Die ukrainischen Banken haben im ersten Quartal 2014 Verluste in Höhe von 1,993 Milliarden Hrywnja gemacht. Im ersten Quartal des Vorjahrs erzielten die Banken einen Gewinn von 3,126 Milliarden Hrywnja, teilte die Nationale Bank der Ukraine mit. <http://www.ukrinform.ua>

UKRAINE PLANT, MEHR ZUCKERRÜBEN UND WENIGER SONNENBLUMEN ANZUBAUEN

Im Jahr 2014 werden in der Ukraine 13 Prozent mehr Zuckerrüben und 13 Prozent weniger Sonnenblumen angebaut. Das kündigte auf einem Briefing im Ministerkabinett der Minister für Agrar- und Lebensmittelpolitik der Ukraine, Igor Schwajka, an. „Wir planen, Zuckerrüben auf 332 Tausend Hektar anzubauen, was um 13 Prozent mehr als im letzten Jahr ist, und die Anbaufläche für die Sonnenblumen um 13 Prozent zu reduzieren (bis zu 4,2 Millionen Hektar)“, sagte der Minister. <http://www.ukrinform.ua>

WIRTSCHAFTSMINISTER ERWARTET BIP-RÜCKGANG VON MINDESTENS 3 PROZENT

„Nach optimistischen Prognosen gibt es 2014 einen BIP-Rückgang. Wir gehen jetzt von drei Prozent aus, doch es kann mehr sein“, sagte Scheremeta in der Regierungsstunde im Parlament am Freitag. Er hoffe auf Wirtschaftswachstum erst Ende des laufenden oder Anfang des kommenden Jahres, unter der Voraussetzung, dass «die notwendigen grundlegenden Reformen» umgesetzt würden. Der Minister fügte hinzu, es gebe wirtschaftliche Gründe zum „ausgewogenen Optimismus“ für die Jahre 2015 und 2016. <http://www.ukrinform.ua>

EBWE IST BEREIT DIE FINANZIERUNG VON PROJEKTEN IN DER UKRAINE ZU ERHÖHEN

Am 15. April hat die Leitung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) eine Erklärung gemacht, sie sei bereit, die Finanzierung von Energie- und Infrastrukturprojekten in der Ukraine zu erhöhen. Das berichtet

der Pressedienst des Finanzministeriums. Behandelt wurden insbesondere Projekte des U-Bahn-Aufbaus in Dnipropetrowsk und Charkiw mit einem Gesamtwert von ca. 600 Mio. Euro, der Modernisierung der Infrastruktur für Wärmeversorgung im Verwaltungsgebiet Donezk mit einer Gesamtsumme von 20 Mio. Euro und der Verwirklichung eines zusammengefassten Programms für Steigerung der Sicherheit von Kernkraftwerken in die Ukraine in Höhe von 600 Mio. Euro. Mit der EBWE-Leitung wurde auch ein Vertrag über die Gewährung der technischen Hilfe für Finanz- und Banksektoren der Ukraine sowie über Staatsreformen zur Besserung des Geschäftsklimas im Lande unterzeichnet. <http://www.ukrinform.ua>

DEUTSCHLAND STARTET HEUTE GASLIEFERUNGEN AN DIE UKRAINE

Der deutsche Energiekonzern RWE begann am 15. April die Lieferung von Erdgas aus Europa an die Ukraine. Das meldet der Pressedienst des Unternehmens. „RWE hat als erster europäischer Versorger in diesem Jahr die Lieferung von Erdgas an die Ukraine gestartet. Ab heute liefert die Tochter RWE Supply & Trading Gas an die staatliche Gasgesellschaft „Naftogaz Ukraine“. Das Gas stamme aus dem Gesamtportfolio des Konzerns“, teilte RWE mit. <http://www.ukrinform.ua>

NBU VERÖFFENTLICHT ANGABEN ÜBER BESITZER UKRAINISCHER BANKEN

Die Nationalbank der Ukraine (NBU) erneuerte die Informationen über Besitzer von wesentlichen Anteilen am Kapital ukrainischer Banken. 175 Institutionen haben ihre Angaben zur Verfügung gestellt. Das berichtet LIGABusinessInform. „Die NBU hat keine Informationen über „Real Bank“ und „Brokbisnesbank“, die in Verbindung mit Serhij Kurotschkin gebracht werden, sowie auch über die Bank „Forum“. In diesen Finanzinstitutionen arbeitet jetzt eine provisorische Verwaltung“, - heißt es in dem Bericht. Es sei zu betonen, die Informationen über Besitzer von weniger als 10% der Anteile von Banken werden vierteljährlich von der Nationalbank auf den neuesten Stand gebracht. Seit Serhij Arbusow an der Spitze der Nationalbank war, wurden diese Informationen nicht veröffentlicht. Den Angaben

des Regulierers nach sei die Eigentumsstruktur einiger Banken nicht geändert worden. Die Benefiziere der „PrivatBank“ bleiben der Gouverneur des Verwaltungsgebietes Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojski, sowie Hennadi Bogoljubow. Als Benefiziere der „Nadra“-Bank wurde Dmytro Firtasch genannt, der „PUMBANK“ – Rinat Achmetow. Die „Allukrainische Bank der Entwicklung“ gehört dem älteren Sohn

des Ex-Präsidenten der Ukraine Wiktor Janukowytsch – Oleksander. Die „Delta Bank“ gehört Mykola Lagun (70,61 Prozent) und dem US-Unternehmen Cargill (29,39 Prozent). Die „VAB Bank“ und die Bank „Finanzinitiative“ sind auf den Namen Oleg Bachmatjuk eingetragen. Der Sohn von Juri Iwanjuschtschenko – Arssen – ist Besitzer von 51 Prozent der Anteile von «Zachidinkombank». Dabei

führen viele Finanzinstitutionen wenig bekannte Unternehmen oder Gruppen von natürlichen Personen – Aktieninhaber als Bankbesitzer auf. So sind als Aktieninhaber der Bank „Die Erste“, die mit dem Sohn des Ex-Generalstaatsanwaltes Wiktor Pschonka – Artem – in Verbindung gebracht wird, 533 Privatpersonen und die „Bank Georgiens“ angegeben wurden. <http://www.ukrinform.ua>

Vorankündigungen

International conference “Energy Infrastructure of Ukraine: Practical Aspects of its Integration with Energy Systems of Central Europe Countries”	15. Mai 2014	Kyiv Energy Research Institute 19, Spaska st., Df.16, 3rd floor, 04070, Kyiv, Ukraine
Sitzung des Arbeitskreises Banken und Finanzdienstleistungen Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Ukraine	15. Mai 2014 16.00 Uhr	Pushkinska 34, 01004 Kiew
Smart Energy Forum in Lviv	16.-18. Mai 2014	http://lvbs.com.ua
Sitzung des Arbeitskreises Steuern und Rechnungslegung Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Ukraine	20. Mai 2014 10.00 Uhr	Pushkinska 34, 01004 Kiew
Sitzung des Arbeitskreises Recht Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Ukraine	29. Mai 2014 8.00 Uhr	Pushkinska 34, 01004 Kiew
Sitzung des Arbeitskreises Bau- und Immobilienwirtschaft Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Ukraine	30. Mai 2014 10.00 Uhr	Pushkinska 34, 01004 Kiew
Unternehmerkongress EU-Deutschland-Ukraine-Russland 2014	07. Juli 2014	Veranstalter: Wegweiser Hotel de Rome Behrenstrasse 37 10117 Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber:

Delegation der Deutschen
Wirtschaft in der Ukraine
Germany Trade and Invest (gtai)

Kontakt:

Yulianna Goncharova
Öffentlichkeitsarbeit &
Mitgliedermanagement

Delegation der Deutschen
Wirtschaft in der Ukraine
wul. Puschkinska 34
01004 Kiew, Ukraine
Tel.: +38 044 4813399
E-Mail: info@ukraine.ahk.de,
yuliana.goncharova@ukraine.ahk.de
<http://ukraine.ahk.de>

Haftungsausschluss:

Der Newsletter beruht auf Informationen nationaler und ausländischer Nachrichtengruppen und Medien; zusätzlich auf Meldungen der Delegation und von GTAI. Der Herausgeber übernimmt jedoch keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der bereitgestellten Inhalte, bis auf autorisierte Texte der Delegation und der GTAI.

Vervielfältigung, Verkauf oder Weiterverbreitung des Newsletters – auch teilweise – sind ohne schriftliche Zustimmung der Delegation der Deutschen Wirtschaft untersagt.